



**ABFSchweiz**

Aktionsbündnis freie Schweiz

Medienmitteilung – ABF Schweiz, 2. Juni 2025

# Rund 45'000 Bürger fordern: Bundesrat muss WHO-Express umgehend stoppen!

**Baar – Eine vom Aktionsbündnis freie Schweiz koordinierte Online-Petition hat beinahe Referendumsstärke erreicht. Rund 45 000 Personen verlangen, dass der Bundesrat umgehend die Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften zurückweist. Nur so kann eine echte demokratische Debatte stattfinden. Gleichzeitig fordern Parlamentarier verschiedener Parteien, dass Parlament und Volk mitentscheiden können. Nationalrat Rémy Wyssmann hat in diesem Zusammenhang eine Aufsichtsanzeige erstattet, die klarstellt, dass sämtliche WHO-Verträge gemäss einem deutlichen Beschluss des Parlaments diesem zur Genehmigung vorzulegen sind.**

Heute Montag übergibt das Aktionsbündnis freie Schweiz im Namen der Interessengemeinschaft «Opting-out IGV» in Bern rund 45 000 Unterschriften an die Bundesverwaltung. Die Zehntausende Bürger fordern, dass der Bundesrat unverzüglich sein Widerspruchsrecht ausübt und die Ablehnung der Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) erklärt. Nur mit einem Opting-out ist gewährleistet, dass genügend Zeit zur Verfügung steht, damit in National- und Ständerat eine Debatte über die IGV geführt werden und ein allfälliges Referendum ergriffen werden kann.

## **Bundesrat darf Parlament nicht missachten**

Gleichzeitig unterstreichen Parlamentarier verschiedener Partei an einer Medienkonferenz in

der Bundeshauptstadt, dass sie mit Nachdruck die Einhaltung der demokratischen Spielregeln und der Gewaltentrennung fordern. Nationalrat Rémy Wyssmann (SVP) stellt die von ihm beim Büro des National- und Ständerats erstattete Aufsichtsanzeige wegen drohender Missachtung des Parlaments vor. Die Anzeige vom 21. Mai 2025 moniert ein «Umsetzungsdefizit» bei der Motion 22.3546 «Kein WHO-Abkommen ohne parlamentarische Genehmigung» (1). Es lägen Hinweise vor, dass die Motion **«nicht ihrem klaren Inhalt und Ziel entsprechend und nicht gemäss den klaren Abstimmungsresultaten in National- und Ständerat umgesetzt wird»**. Die Motion verlangt, dass nicht nur der WHO-Pandemiepakt, sondern auch die Anpassungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) dem Parlament zur Überprüfung zu unterbreiten seien. Sowohl National- wie Ständerat haben die Motion mit deutlicher Zweidrittelmehrheit angenommen.

## **Wyssmann: «Das spottet allen demokratischen Regeln»**

Doch in den aktuell einsehbaren Sitzungsplanungen der massgebenden Kommissionen taucht dieses Geschäft nicht auf. Es hat jedoch eine grosse Dringlichkeit: Erklärt der Bundesrat nicht bis am 19. Juli 2025 ein Opting-out, treten die IGV-Änderungen für die Schweiz automatisch in Kraft. Deshalb fordert die Aufsichtsanzeige: «Damit das Parlament rechtzeitig vor dem 19. Juli 2025 dem Bundesrat allfällige Vorgaben machen kann, ist dieses Geschäft in den zuständigen vorberatenden Kommissionen – sowie für den Ratsbetrieb der Sommersession



# ABFSchweiz

Aktionsbündnis freie Schweiz

2025 – unverzüglich zu traktandieren.» Die Aufsichtsanzeige, den Bericht und eine erläuternde Zusammenfassung finden Sie auf der NEWS!-Seite von ABF Schweiz (2).

«**Diese eklatante Missachtung des Parlaments spottet allen demokratischen Regeln und steht auch im Widerspruch zur Bundesverfassung**», sagt Wyssmann an der Medienkonferenz. National- und Ständerat hätten dieses Geschäft an sich genommen und übten auch die Oberaufsicht über die Regierung aus. «**Der Bundesrat gebärdet sich wie ein absolutistischer Alleinherrscher und muss mit politischen und juristischen Mitteln zur Räson gebracht werden**», so Wyssmann.

## Verschleierungs- und Verschleppungstaktik

Die Ausbootung des Parlaments kritisiert auch Nationalrat Lukas Reimann (SVP). «**Der Bundesrat und das Bundesamt für Gesundheit informieren nur sehr selektiv und verzerrt**», schildert Reimann seine Erfahrungen. «**Statt Transparenz herzustellen und den Souverän offen und ehrlich aufzuklären, versucht man es mit Hinterzimmermanövern, mit Verschleierungs- und Verschleppungstaktik**.» So will der Bundesrat erst Ende Juni über die Resultate der Vernehmlassung zur IGV-Revision informieren – nach der Sommersession der eidgenössischen Räte und kurz vor Ablauf der Opting-out-Frist. «**Solche Spielchen zur Aushebelung der demokratischen Rechte sind der Schweiz völlig unwürdig und**

**müssen sofort aufhören**», fordert Reimann.

Unterstützung erhält er auch von der Mitte-Fraktion. Auch sie stimmte für Reimanns Motion 23.3910 «WHO. Demokratische Kontrolle durch Volk und Parlament sicherstellen» (3). Nationalrat **Thomas Rechsteiner (Mitte), der aus beruflichen Gründen an der Medienkonferenz verhindert ist, spricht für seine Fraktion und Partei, wenn er betont, dass die Schweiz ihre Souveränität in Gesundheitsfragen unbedingt wahren müsse.**

Sukkurs kommt neben SVP und Mitte und auch von der EDU. «**Die WHO ist eine demokratisch nicht legitimierte Organisation mit diktatorisch anmutenden Allüren. Es kann nicht sein, dass wir eines unseres wichtigsten Güter – unsere Gesundheit – aus der Hand geben**», sagt Vontobel. Auch er fordert den Bundesrat auf, die IGV-Änderungen fristgerecht zurückzuweisen und den Willen von Parlament und Bevölkerung zu achten.

Das Aktionsbündnis freie Schweiz unterstützt diese Forderungen aus dem Parlament und appelliert gemeinsam mit den verschiedenen Fraktionen dringend an den Bundesrat, den WHO-Express unter Umgehung des Souveräns zu stoppen und so eine echte demokratische Debatte und Mitbestimmung zu ermöglichen.

Dr. Philipp Gut, ABF Schweiz

## Links

- (1) <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20223546>
- (2) <https://abfschweiz.ch/news/>
- (3) <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/>